

Protokoll:

Rm Lehmkuhler (SPD) begründet den Antrag und führt weiter aus, dass aufgrund der Umstrukturierung und Umgestaltung der Wohnblocks in der Goebensiedlung in moderne, barrierefreie Mietwohnungen, eine Umbenennung in „Goebenpark“ sowohl im Interesse der Eigentümer als auch der Mieter sei.

Beigeordneter Prümm trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0090/2014).

Rm Lehmkuhler (SPD) fragt, ob Beigeordneter Prümm ihm die Rechtsprechung dazu vorzeigen könne. Er habe Verwaltungsgerichtsurteile gefunden, die das Gegenteil von dem darlegen würden, was gerade in der Stellungnahme vorgelesen wurde. Er schlage vor, dass die Eigentümer ihre Mieter befragen sollten, ob sie eine Namensänderung befürworten oder nicht. Das Ergebnis könne der Verwaltung zur Kenntnis gegeben werden.

Beigeordneter Prümm sagt, dass wenn die Eigentümer und Mieter damit einverstanden seien, ein großer Teil des Problems überwunden sei. Zur Rechtsprechung erteilt er Herrn Heisser (Amt 62) das Wort.

Herr Heisser (Amt 62) könne derzeit zur Rechtsprechung keine Quellangabe vortragen. Er sagt zu, dies recherchieren zu lassen und dann die Fraktionen darüber in Kenntnis zu setzen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig kann den Antrag und die Begründung nachvollziehen. Er halte den Vorschlag von Rm Lehmkuhler (SPD) für zielführend. Wenn sowohl die Eigentümer als auch alle Mieter zustimmen würden, herrsche eine andere Situation im Hinblick auf die vorgetragene Stellungnahme der Verwaltung. Die für eine Umbenennung anfallenden Kosten seien den Anwohnern klar aufzuzeigen. Wenn im Ergebnis trotzdem eine Zustimmung festgehalten werden könne, sei gegen den Antrag nichts einzuwenden.

CDU-Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer weist darauf hin, dass die Verwaltung Unterlagen erarbeiten solle, die alle Maßnahmen und Konsequenzen beinhalten, die eine Umbenennung mit sich bringe und auch den Eigentümern gegebenenfalls nicht klar seien.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig stimmt zu, dass dies sinnvoll sei. Er fordert Beigeordneten Prümm auf, einen dementsprechenden Konsequenzenkatalog zu erstellen. Dieser werde den Eigentümern ausgehändigt. Diese hätten dann festzustellen, ob ein Einvernehmen mit den Anwohnern hergestellt werden könne.

Rm Diederichs-Seidel (Bündnis 90 / Die Grünen) halte den vorgeschlagenen Kompromissvorschlag für gut.

Rm Ackermann (Bündnis 90/ Die Grünen) sagt, dass eine Umbenennung zum Zeitpunkt des Abschlusses der Bauarbeiten ein willkommener Zeitpunkt sei.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke weist darauf hin, dass eine solche Vorgehensweise bereits schon einmal in der Altstadt erfolgreich praktiziert worden sei. Im Einvernehmen mit den Anwohnern sei die Weiserstraße in Weisergasse und die Mehlstraße in Mehlgasse umbenannt worden.